



Brüssel, den 20. September 2023  
(OR. en)

13181/23

CONSOM 321

## VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Rat
Betr.:	Bericht vom Iberoamerikanischen Forum Staatlicher Verbraucherschutzagenturen (FIAGC) (Madrid, 13./14. September 2023) – <i>Informationen des Vorsitzes</i>

Die Delegationen erhalten in der Anlage einen informatorischen Vermerk des Vorsitzes zu dem Bericht vom Iberoamerikanischen Forum Staatlicher Verbraucherschutzagenturen, das am 13./14. September 2023 in Madrid stattfand, im Hinblick auf den Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 25. September 2023.

Im Rahmen des spanischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 2023 haben die Europäische Kommission und das Iberoamerikanische Forum Staatlicher Verbraucherschutzagenturen (FIAGC) am 14. September 2023 in Madrid ein Verbraucherpolitik-Forum veranstaltet, um den Schutz der Verbraucherrechte zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen zu stärken, wobei besonderes Augenmerk auf die Verbraucherbeziehungen im digitalen Umfeld gelegt werden sollte.

Die Forumsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterstrichen, wie wichtig eine verstärkte multilaterale Zusammenarbeit in Verbraucherfragen als notwendige Voraussetzung für die Verbesserung des Schutzes und der Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher weltweit ist; sie betonten die Herausforderungen und Schwierigkeiten, mit denen die Verbraucherinnen und Verbraucher angesichts immer globalerer und ausgefeilterer Handelspraktiken konfrontiert sind, wie es beim Online-Konsum zu beobachten ist; und sie hoben die gemeinsamen Herausforderungen für die Verbraucherschutzbehörden in der Europäischen Union und in den lateinamerikanischen Ländern bei der Gewährleistung des Schutzes der Verbraucherrechte hervor.

Die wesentlichen Schlussfolgerungen des Forums lauteten wie folgt:

1. Der Schutz der Verbraucherrechte ist ein grundlegendes Element für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in unseren jeweiligen Regionen. Daher müssen die Institutionen politische Strategien und Maßnahmen fördern, mit denen die Rechte und das Wohlergehen der Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt werden, wobei den unterschiedlichen Kontexten Rechnung zu tragen ist, in denen verbraucherpolitische Maßnahmen durchgeführt werden.
2. Zu diesem Zweck ist es notwendig, einen gleichberechtigten Zugang zum Konsum zu fördern, und wir erkennen daher an, wie wichtig es ist, dass schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher gleichberechtigten Zugang zu den für ihre Lebensqualität erforderlichen grundlegenden Gütern und Dienstleistungen haben. Deshalb muss sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich darauf hingearbeitet werden, wirtschaftliche, physische und soziale Hindernisse zu beseitigen, die ihren Zugang zu diesen Waren und Dienstleistungen sowie die uneingeschränkte Ausübung ihrer Rechte einschränken können, wobei der digitalen Kluft besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.
3. Es ist von entscheidender Bedeutung, Verbraucherbildung und Verbraucherbewusstsein als grundlegende Instrumente zur Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und faire, gerechte und nachhaltige Handelsgeschäfte zu gewährleisten, insbesondere, was Kinder betrifft.

4. Aus diesen Gründen und angesichts der globalen Umweltkrise und des zunehmenden Wunsches von Verbraucherinnen und Verbrauchern, persönlich zur Verwirklichung der Klimaneutralität beizutragen, muss verantwortungsvoller und nachhaltiger Konsum bei institutionellen Maßnahmen in Verbraucherfragen Vorrang haben, damit die Unternehmen die notwendigen Veränderungen vornehmen und die Verbraucherinnen und Verbraucher fundierte Entscheidungen treffen können, bei denen sie den Umweltauswirkungen Rechnung tragen.
5. Ein weiterer Schwerpunkt des Verbraucherschutzes, insbesondere in Bereichen wie der Werbung, sollte auf dem Schutz vor sexistischen Praktiken liegen, die diskriminierend sind und Geschlechterstereotypen verfestigen und so negative Auswirkungen auf Menschen haben und deren Würde und Rechte untergraben.
6. Die Sicherheit der auf dem Markt angebotenen Waren und Dienstleistungen sowie der Schutz der personenbezogenen Daten von Verbraucherinnen und Verbrauchern müssen gewährleistet werden, und daher ist es angebracht, die Zusammenarbeit bei der Überwachung zu verstärken, um hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards sowie den Schutz der Privatsphäre der Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten.
7. Konfliktlösungsmechanismen und der Zugang der Verbraucherinnen und Verbraucher zur Justiz sind von größter Bedeutung. Darum müssen wir am Erfahrungsaustausch über die Effizienz und Wirksamkeit dieser Mechanismen, einschließlich der Förderung von Mediation und Schiedsverfahren als alternativen Mitteln der Streitbeilegung, arbeiten.
8. Internationale Zusammenarbeit beim Verbraucherschutz ist in einer globalisierten Welt unbedingt erforderlich. Da viele der Herausforderungen, vor denen wir stehen, länderübergreifender Natur sind und einige Probleme zu groß und komplex sind, um auf Ebene eines einzigen Landes gelöst zu werden, ist eine Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Staaten und Organisationen in anderen Regionen, wie etwa Lateinamerika, von wesentlicher Bedeutung. Die europäische Gesetzgebung wirkt oft als Bezugspunkt und treibende Kraft, doch kann die EU auch aus den Erfahrungen dieser anderen Regionen lernen. Der Austausch bewährter Verfahren, Erfahrungen und Kenntnisse zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika kann sehr fruchtbar sein, insbesondere im Hinblick auf neue Handelspraktiken und neue Marktteilnehmer, die wegen ihres disruptiven Charakters größere Aufmerksamkeit erfordern.

9. Staatlichen Verbraucherschutzbehörden und -agenturen kommt bei der Umsetzung und Durchsetzung von Verbraucherschutzpolitik eine Schlüsselrolle zu. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sie unabhängig sind und über die Kapazitäten und Ressourcen verfügen, um ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen zu können.
  10. Die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor beim Schutz der Verbraucherrechte ist wichtig. Um neue Herausforderungen zu bewältigen und gemeinsame Lösungen zu fördern, sind der Dialog und die Zusammenarbeit mit den einschlägigen Interessenträgern in diesem Bereich, einschließlich der Industrie, Verbraucherorganisationen und anderen wichtigen Akteuren, erforderlich.
-